

EKONOMI

RUSSLAND UND DIE US-SANKTIONEN

Kannibalisierende Kriegswirtschaft

Thorsten Fuchshuber

Donald Trump möchte einen „Deal“ mit Russland. Die jüngsten US-Sanktionen sollen dem US-Präsidenten als Druckmittel dienen, wenn er mit seinem Amtskollegen Wladimir Putin verhandelt. Für Trump ist das Land nicht nur Kriegspartei, sondern am Energiemarkt auch ökonomischer Konkurrent. Der hat zwar Öl und Gas im Überfluss, ist nach Meinung von Expert*innen aber dabei, seine sonstigen Ressourcen aufzuzehren.

Es war ein besonderes Präsent, welches US-Präsident Joe Biden seinem Nachfolger Donald Trump hinterlassen hat – ein bisschen von der Art eines „Jack in the box“, dem kleinen Teufel, der beim Öffnen aus der Geschenkschachtel springt. Kurz vor Trumps Amtseinführung verhängte die scheidende US-Regierung eine Reihe von Sanktionen gegen die Russische Föderation, die von Fachleuten als die „bislang härtesten“ bezeichnet werden. Unter die Sanktionen fallen unter anderem zwei der größten russischen Ölförderungsunternehmen, die Produktion von Flüssiggas sowie insgesamt 183 Tankschiffe, die für Russland Öl transportieren. Bislang hatte die Biden-Administration wirtschaftliche Maßnahmen gegen das russische Regime vorsichtig abgewogen; schließlich schlugen sie alle auch auf die eigene Ökonomie zurück. Nun jedoch hat die Regierung Trump die Konsequenzen zu tragen.

Der scheint gewillt, die Sanktionen gegen Russland sogar auszuweiten, falls es „nicht bald“ zu einer Einigung bezüglich des Kriegs in der Ukraine kommt, wie er am vergangenen Mittwoch in einem Post auf „Truth Social“ wissen ließ. Über die konkreten Inhalte eines von ihm angestrebten „Deals“ hat Trump sich bislang allerdings aus geschwiegen, und Putin hält an seinen maximalistischen Forderungen fest: Anerkennung der Gebiete, die Moskau für annektiert erklärt hat, ein abgerüstetes ukrainisches Militär und ein Neutralitätsversprechen der Ukraine.

Die USA befinden sich derzeit in einer besseren Lage, um höhere Energiepreise auf dem Weltmarkt in Folge der Sanktionen abzufedern: Die Inflation dort ist zurückgegangen und Fachleute gehen davon aus, dass es in den kommenden Jahren ein Überangebot an Öl auf den Märkten geben wird. Ziel des jetzigen Schritts ist es vor al-

lem, Russlands chinesische und indische Kunden zu vergraulen. Sie sind es, mit deren Hilfe das Putin-Regime die durch bisherige Sanktionen verloren gegangenen europäischen und amerikanischen Märkte zu kompensieren sucht.

Rund zehn Prozent der globalen Tankerflotte fallen unter das noch von Biden erklärte neue Embargo. 155 davon zählen zur sogenannten „Schattenflotte“. Das sind Tanker, die nicht unter der Flagge westlicher Industrienationen fahren und eben jenes russische Rohöl transportieren, das sanktioniert beziehungsweise für den westlichen Markt von einer Preisdeckelung betroffen ist, die umgangen werden soll. Einige davon ankerten nach Inkrafttreten der Sanktionen vor der chinesischen Küste. Zur geplanten Entladung kam es nicht.

Nach Angaben des Handelsdatenanalysedienstes „Kpler“ haben die neu sanktionierten Tanker im vergangenen Jahr mehr als 530 Millionen Barrel russische Rohölexporte transportiert. Über die Hälfte davon wurde nach China verschifft. Das macht rund 61 Prozent von Chinas Seeimporten von russischem Öl aus, während der Großteil der restlichen Exporte nach Indien ging. In letzter Zeit jedoch hätten chinesische und indische Raffinerien aus Angst vor derlei Sanktionen vermehrt Rohöl bei Lieferanten wie den Vereinigten Arabischen Emiraten, Oman und Angola statt in Russland bestellt, so Kpler. Dieser Trend werde nunmehr verstärkt. Daher, so der Experte Edward Fishman in der US-amerikanischen Tageszeitung „Wall Street Journal“, seien die Sanktionen in der Tat ein Geschenk an Trump: Dieser habe nun ein weiteres starkes Druckmittel gegen Wladimir Putin zur Verfügung, ohne die unmittelbare Verantwortung dafür zu tragen, wenn er dem russischen Staatspräsidenten bei eventuellen Friedensverhandlungen um die Ukraine entgegentritt.

Wie robust ist Russlands Wirtschaft?

Einmal mehr stellt sich nun die Frage, wie nachhaltig die Wirkung der Sanktionen ist. „Wir rechnen mit möglichen kurzfristigen Ausfällen russischer Ölexporte von bis zu einer Million Barrel pro Tag, da chinesische und indische Käufer vorsichtiger werden, was sanktionierte Barrel angeht“,

so die Analysten Helge Andre Martinson und Tobias Ingebrigtsen von „DNB Markets“ im Wall Street Journal, doch „letztendlich wird Russland wahrscheinlich einen Weg finden, um den Rückgang der Exporte und der Produktion zu minimieren.“

Auch die vorangegangenen Sanktionen hatten augenscheinlich nicht den gewünschten Erfolg. Zugleich nämlich hat der Krieg gegen die Ukraine einen regelrechten Boom in Russland ausgelöst (siehe „Putins Wette auf den Krieg“ in woxx 1754). Der ist auf die stark gestiegene Nachfrage nach Kriegsgütern zurückzuführen: Die Ausweitung der Rüstungsproduktion und der Kriegsdienst vieler Männer haben zu einem Mangel an Arbeitskräften geführt, der durch die historisch niedrige Arbeitslosenquote von 2,4 Prozent gar nicht ausreichend abgebildet wird. Vielmehr fehlen laut dem sicherheitspolitischen Nachrichtenportal „War on the Rocks“ gar bis zu 4,8 Millionen Arbeitskräfte (andere Schätzungen sind vorsichtiger), was etwa sieben Prozent der Erwerbsbevölkerung des Landes entspricht. Die aus dem Mangel resultierende Lohnsteigerung hat die Kaufkraft der russischen Bevölkerung gestärkt.

Die Produktion an zivilen Verbrauchsgütern jedoch hält nicht mit. Konsumgüter sind knapp und haben zu einem Anstieg des Preisniveaus (Inflation) geführt. Die russische Zentralbank versucht dem zu begegnen, indem sie Kredite teuer macht. Das soll die Nachfrage dämpfen. Bei 21 Prozent liegt der Leitzins derzeit; das höchste Niveau seit 25 Jahren.

Auch das zunächst beeindruckend wirkende Wachstum der vergangenen beiden Jahre bildet laut Janis Kluge vom deutschen Think Tank „Stiftung Wissenschaft und Politik“ nicht die reale Wirtschaftsleistung des Landes ab. Das um 3,6 Prozent gestiegene Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Jahres 2023 sei der Effekt von zwei Millionen neu geschaffenen Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie, stelle also keine nachhaltige Produktivitätssteigerung dar. Und das bislang nur geschätzt vorliegende Wachstum des Jahres 2024 von zwischen 3,6 und vier Prozent sei eher auf statistische Effekte zurückzuführen. Real sei die russische Wirtschaft seit Anfang vergangenen Jahres kaum noch gewachsen. Verschiedene Indikatoren ließen vielmehr „bereits

im September 2024 auf einen Rückgang der Produktion schließen – zum ersten Mal seit 2022“. Da die Erhöhung des Leitzinses die seit April 2023 wieder zunehmende Inflation nicht bremsen konnte (vergangenen Dezember lag die Rate bei 9,5 Prozent), wächst die Furcht vor einer Stagflation, also hoher Inflationsraten bei stagnierender Wirtschaftsleistung.

Das könnte in eine Rezession münden, die beim gegenwärtigen Zustand der russischen Wirtschaft nur schwer abzufangen wäre. Geht eine Stagflation meist mit hoher Arbeitslosigkeit einher, führt in diesem Fall der Arbeitskraftbedarf in der Rüstungsindustrie dazu, allen anderen Wirtschaftsbereichen zu schaden: „Die Kriegswirtschaft kannibalisiert sozusagen Ressourcen, Arbeitskräfte und Produktivitätskapazitäten“, so der Wirtschaftsexperte Nicholas Birman Trickett in unserer Partnerzeitung „Jungle World“. Er hält es trotz des enorm hohen Anteils des russischen Staatshaushalts an Militärausgaben (rund 40 Prozent im Jahr 2024) für falsch, von einem „Kriegskeynesianismus“ zu sprechen. Ein solcher solle „auch zur Ausweitung und Entwicklung von Produktionskapazitäten führen, die nicht unmittelbar mit dem Militär zusammenhängen“, so Birman Trickett. Das sei in Russland nicht der Fall“, denn in andere Bereiche wird nicht investiert.

„Ökonomie der Verzweiflung“

Auch von den höheren Gehältern bleibe angesichts der Preissteigerung nicht viel übrig, so der russische Soziologe Lew Gudkow vom „Lewada-Institut“ Anfang des Monats in einem Interview mit dem deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: „Die Inflation liegt natürlich nicht bei knapp neun Prozent, wie die Zentralbank behauptet. Wir reden im Durchschnitt von 20 bis 30 Prozent und mehr.“ In der Tat ist der Preis von einzelnen Lebensmitteln wie Butter im vergangenen Jahr um rund 25 Prozent gestiegen. Für Privatpersonen betrage die Inflation schon seit Längerem mehr als 20 Prozent, bestätigt auch die Wirtschaftsexpertin und ehemalige Mitarbeiterin der russischen Zentralbank, Alexandra Prokopenko in dem gemeinsam mit ihrem Kollegen Alexander Kolyand herausgegebenen Infobrief „The Bell“.

Die ökonomische Realität vieler Menschen in Russland sieht also weit aus weniger rosig aus, als es Berichte von steigenden Löhnen suggerieren. „Diejenigen, die in diesem Jahr in Russland wirtschaftlich am meisten verloren haben, sind Putins wichtigste Unterstützer: die Staatsbediensteten. Es betrifft Ärzte, Lehrer, Notdienstmitarbeiter und Rentner“, hieß es Ende vergangenen Dezember in The Bell: „Ihre Gehälter, Renten und Subventionen sind an die Inflation gekoppelt und werden daher nur um neun Prozent steigen“ – obwohl die Inflation real weit höher ausfällt.

Das bedeutet auch, dass der Militärdienst trotz hoher Gehälter zumindest finanziell attraktiv bleibt. Die von Region zu Region unterschiedlichen Bonuszahlungen für neue Rekruten sind im Laufe des vergangenen Jahres enorm gestiegen. Das deutet auf Probleme bei der Anwerbung hin, wie Janis Kluge schreibt: „Beispielsweise erhalten Rekruten in der Region Nischni Nowgorod bei Unterschrift einen regionalen Bonus von 2,6 Millionen Rubel (25.000 Euro bzw. 68.000 Euro nach Kaufkraftparität). Das ist ein Vielfaches des durchschnittlichen Monatsgehalts, das in der Region bei 66.000 Rubel liegt.“ Anfang 2024 habe sich der Bonus für Rekruten noch auf 50.000 Rubel belaufen, bevor er im März auf 500.000 Rubel und im April auf eine Million Rubel erhöht worden sei.

Noch größer ist der Bonus, wenn ein Soldat im Kampf fällt. „Es ist nicht nur profitabler, in den Krieg zu ziehen, sondern geradezu zu sterben“, schrieb die Journalistin Xenia Bukscha vergangenen September in der russischen oppositionellen Zeitung „Nowaja Gaseta“. „Die ‚Sterbegelder‘ [...] übersteigen alles, was ein durchschnittlicher eingezogener oder freiwilliger Soldat von 35 Jahren bis zur Rente verdienen könnte. In einigen Regionen sogar das, was er in seinem ganzen Leben von 18 Jahren an verdienen könnte.“ Das mache die Aussicht, dass der Mann oder ein Sohn in der Ukraine falle, für einige Familien durchaus attraktiv, so Bukscha, die angesichts der wirtschaftlich-sozialen Zustände in Russland von einer „Ökonomie der Verzweiflung“ schreibt.

Vor diesem Hintergrund verschärft sich innerhalb der russischen Machtelemente der Streit, wie der gegenwärtigen Entwicklung beizukommen sei.



Versucht ihre Institution unabhängig von der Regierung zu halten: Die Präsidentin der russischen Zentralbank, Elvira Nabiullina mit dem russischen Finanzminister Anton Siluanow auf einem Bankenforum Anfang Dezember 2024.

In der Kritik steht einmal mehr die Geldpolitik der Präsidentin der russischen Zentralbank, Elvira Nabiullina. Ihr Festhalten an einem hohen Leitzins, um der Inflation zu begegnen, wird von vielen in Politik und Industrie abgelehnt; darunter vor allem Betriebe aus dem Rüstungsbereich, die von den hohen Staatsausgaben und staatlich geförderten Kreditprogrammen seit Beginn des Krieges profitieren. Sergej Tschemesow, der Direktor des staatlichen Rüstungskonzerns Rostec, hat zuletzt gar öffentlich damit gedroht, die Waffenexporte wegen der hohen Kreditkosten einzustellen. Zahlreiche Unternehmen, etwa in der Transportbranche, haben angekündigt, bald Konkurs anmelden zu müssen. Eine paradoxe Situation: Die Regierung erhöht ihre Ausgaben, um unter anderem durch Subventionen für Unternehmenskredite Investitionen zu stimulieren, was die Inflation anheizt. Und die Zentralbank erhöht die Zinssätze, um den Preisanstieg zu bremsen, der aus den Staatsausgaben resultiert.

Wie unabhängig soll die Zentralbank sein?

Es ist daher kein Wunder, dass auch die Diskussion um die grundsätzliche wirtschaftliche Ausrichtung Russlands dieser Tage eskaliert. Auf der einen Seite stehen, vereinfacht gesagt, markt- bzw. neoliberale Kräfte, die sich in vielerlei Hinsicht am Weltmarkt und den dort vorherrschenden austeritätspolitischen Kriterien orientieren, und zu denen auch Nabiullina gehört. Auf der anderen Seite stehen

jene, die einen Rückzug von den westlichen Märkten und die Schaffung einer alternativen globalen Wirtschaftsordnung fordern (etwa innerhalb der erweiterten Brics-Staaten). Diese Position ist zudem weitgehend mit großrussländischen (im Unterschied zu ethnisch-russischen) Machtansprüchen und einer weitgehenden Unterordnung der Geldpolitik unter die Maßgaben der Regierung amalgamiert.

Zur Debatte steht damit einmal mehr auch das Maß an Unabhängigkeit, das der russischen Zentralbank gewährt wird. Zum jetzigen Zeitpunkt ist sie institutionell unabhängig von der Regierung – solange der Präsident ihr das zugesteht. „Für Putin besteht eine der wichtigsten Lehren aus den 1990er-Jahren darin, dass eine unkontrollierte Inflation die Macht der politischen Führung untergräbt“, schreibt die Berliner Osteuropawissenschaftlerin Katharina Blum in einer aktuellen Analyse. Daher unterstütze der russische Präsident Nabiullinas restriktive, auf die Bekämpfung der Inflation ausgerichtete Währungspolitik.

Doch mit der Umstellung auf eine technologisch regressive Importsubstitution und Kriegswirtschaft beschreitet Russland ökonomisch einen Weg, aus dem es unter dem aktuellen Regime nur schwer wieder herausfinden wird (siehe „Weltmarkt oder Autarkie“ in woxx 1690). Nur eine Produktivitätssteigerung könnte letztlich Wachstum ermöglichen und die dringend benötigten Arbeitskräfte freisetzen. Investitionen in Automatisierung und Rationalisierung der Produktion hängen aber unter anderem von den Kreditzinsen ab: Viele Kritiker*innen der

russischen Zentralbank betonen, es sei momentan profitabler zu sparen.

Auch Präsident Putin forderte vergangenen Dezember mehr Investitionen und wies Nabiullina an, eng mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Seine Rede auf einem Bankenforum war gekennzeichnet durch das bereits genannte Paradoxon: Er forderte die Regierung auf, das Wachstum weiter zu fördern und sich zugleich um einen ausgeglichenen Haushalt zu bemühen. „Die Regierung wird also angewiesen, die Inflation zu senken und gleichzeitig das Geldangebot zu erhöhen, indem die Produktion und die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Dies ist in einer stark sanktionierten Wirtschaft, die auf Importsubstitution setzt, praktisch unmöglich“, so The Bell.

Da es die Unabhängigkeit der Zentralbank verhindert, diese zum Geld drucken anzuweisen, bleibt dem Staat nur die Neuverschuldung oder der Griff in die öffentlichen Kassen. Wie andere Beobachter*innen rechnet auch Katharina Blum mit einer künftigen Kürzung der Sozialausgaben, die die Regierung bislang vermieden hat. Auch aus dem „Nationalen Wohlfahrtsfonds“, der das Rentensystem des Landes absichern soll, kann man sich noch über Jahre hinweg bedienen. Dennoch scheint es so, dass die Zentralbank immer weiter unter Druck gerät. Deren Unabhängigkeit „ist eine der letzten Barrieren, die die russische Wirtschaft davor bewahrt, in eine ausgewachsene Krise abzurutschen“, so Prokopenko und Kolyandr Mitte November: „Da Putin offenbar entschlossen ist, den Krieg in der Ukraine ohne Rücksicht auf Verluste fortzusetzen,

EKONOMI



Zumindest aus der Perspektive des Weltmarktes erscheint der russische Weg als Reise ohne Wiederkehr: Deshalb will Wladimir Putin gemeinsam mit China, dem Iran und anderen eine Alternative schaffen.

könnte diese letzte Verteidigungslinie bald bröckeln.“

Ist die „Verteidigungslinie“ erst einmal durchbrochen, gibt es nichts mehr, das die Regierung davon abhalten kann, die Löcher im Staatshaushalt auf Kosten einer langfristig und an Stabilität orientierten Wirtschaftspolitik zu stopfen. Das wirkt sich irgendwann auch in der Rüstungsindustrie aus: Bereits jetzt werden laut Janis Kluge nur rund 20 Prozent der produzierten Panzerfahrzeuge wirklich neu hergestellt, ein Großteil der Bauteile stammt aus Sowjetzeiten: „Damit zehrt Russland noch heute von den Staatsausgaben längst vergangener Jahre, um seinen Krieg gegen die Ukraine führen zu können.“

Unberechenbares Wirtschaftsmodell

Die Sanktionen der westlichen Industrienationen können dazu beitragen, die genannten Widersprüche zuzuspitzen. Aussagen darüber, inwiefern die getroffenen Maßnahmen zum Ende des Krieges gegen die Ukraine beitragen können, wirken aber eher wie Kaffeesatzleserei; zumal die russischen Behörden laut Alexandra Prokopenko selbst den eigenen Beamten mittlerweile für eine realistische Einschätzung erforderliche Wirtschaftsdaten vorenthalten. Zu unvorhersehbar ist zudem das Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren im derzeitigen russischen Wirtschaftsmodell, dessen Funktionsweise keinem Lehrbuch entspricht. Die chinesische Regierung hat gar eine Kommission eingesetzt, um es zu analysieren.

Die am vergangenen Montag vom russischen Finanzministerium veröffentlichten Zahlen untermauern die Unberechenbarkeit des Systems: Demnach beliefen sich die staatlichen Gesamteinnahmen im Dezember 2024 angeblich auf mehr als vier Billionen Rubel (40 Milliarden US-Dollar), was einem Anstieg von 28 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat entspräche. Das wäre ganz enorm, nämlich

„der höchste Stand, der in den Daten des Ministeriums seit Januar 2011 verzeichnet wurde“, so die „Financial Post“. Das Haushaltsdefizit für das Jahr 2024 lag wie erwartet bei knapp unter zwei Prozent.

Nun bleibt abzuwarten, welche Schritte Donald Trump konkret unternimmt. In seinem Post vom Mittwoch schrieb er, bei seinem Vorschlag für ein Friedensabkommen die Interessen Russlands im Auge zu haben. „Ich werde Russland, dessen Wirtschaft zusammenbricht, und Präsident Putin einen sehr großen Gefallen tun“, schrieb er. Bereits zuvor hatte Scott Bessent, der in Washington das Amt des Finanzministers übernehmen soll, angekündigt, dass er „zu 100 Prozent an Bord sein werde, wenn es darum geht, die Sanktionen zu verschärfen, insbesondere gegen die großen russischen Ölkonglomerate, bis zu einem Niveau, das die Russische Föderation an den Verhandlungstisch bringt“.

Trump wird Russland dabei nicht nur als Kriegspartei, sondern auch als Konkurrenten auf dem globalen Energiemarkt betrachten, den es möglichst kleinzuhalten gilt. Er wird also die kriegsbedingten Störungen auf dem Weltmarkt, die sanktionsbedingte Teuerung der Energiepreise sowie deren Auswirkung auf die eigene Wirtschaft angesichts der von ihm geplanten Ausweitung der Öl- und Gasförderung in den USA abzuwägen versuchen.

Unabhängig davon hat sich der russische Staatspräsident für ein Wirtschaftsmodell entschieden, von dem er sich nur schwer verabschieden können wird; nicht zuletzt angesichts der vielen Profiteure, auf die sich seine Herrschaft stützt. Die Kriegswirtschaft verschärft seit langem bestehende strukturelle Probleme, die sich über den Staatshaushalt, Waffenproduktion und Energieeinnahmen kaschieren, aber nicht lösen lassen. Doch Wladimir Putin war von jeher ein Meister darin, sich in Krisen als personifizierter Garant der Ordnung zu inszenieren.

INTERGLOBAL

ITALIE

Silence dans les rangs !

Domiziana Gioia

Le gouvernement d'extrême droite de Giorgia Meloni s'attaque à la liberté d'expression des enseignant-es. La guerre culturelle menée par la présidente du conseil italien sert aussi d'écran de fumée pour dissimuler la délinquance d'un système éducatif privé de moyens depuis des décennies.

En novembre 2024, Christian Raimo, professeur de lycée, écrivain et collaborateur de plusieurs journaux, a été suspendu pendant trois mois, tandis que son salaire a été réduit de moitié. Cette mesure disciplinaire à son encontre a été prise après deux avertissements qui lui avaient été officiellement adressés pour avoir violé le code éthique imposé aux fonctionnaires du ministère italien de l'Éducation et du Mérite. Son tort : avoir critiqué Giuseppe Valditara, son ministre issu des rangs du parti d'extrême droite La Lega.

La première sanction est intervenue en avril 2024 pour des propos qu'il a tenus dans une émission télévisée sur le cas d'Ilaria Salis, une activiste antifasciste qui avait été emprisonnée en Hongrie et qui est devenue par la suite députée européenne du parti Alleanza Verdi e Sinistra (Alliance des Verts et de la Gauche). Le second avertissement a suivi les déclarations de Christian Raimo lors d'un débat public sur l'éducation publique, au cours duquel il a critiqué Giuseppe Valditara en le comparant à l'étoile noire, l'arme de destruction massive du film « Star Wars ». « Dans son idéologie, il y a tout ce qu'il y a de pire : le conservatisme, le sexisme... Il est à l'avant-scène de ce monde qui est contre nous, et donc il faut le frapper là, comme on frappe l'étoile de la mort dans Star Wars », avait dit Christian Raimo.

L'enseignant s'est défendu à juste titre en faisant valoir que la critique du pouvoir est un droit fondamental dans toute démocratie. Après l'annonce de sa suspension, un appel à la solidarité a été signé par plusieurs personnalités intellectuelles italiennes, dont le prix Nobel de physique Giorgio Parisi. « Il s'agit d'une nouvelle grave

et alarmante, qui en dit long sur la démocratie en Italie et la direction autoritaire en cours », accusent les signataires.

La procédure disciplinaire contre Christian Raimo est prévue par le code de conduite du ministère de l'Éducation, introduit par le gouvernement de Giorgia Meloni en avril 2022 et immédiatement contesté par les syndicats, qui le considèrent comme un instrument d'intimidation et de censure politique. Son article 13 est particulièrement dans leur collimateur, car il stipule que « l'employé doit s'abstenir de publier, par l'intermédiaire des réseaux sociaux, des contenus susceptibles de nuire à l'image de l'administration ». Une formulation aussi vague laisse une grande marge d'appréciation aux autorités scolaires, dénonce le syndicat de l'enseignement. Cette limitation de la liberté d'expression des fonctionnaires du ministère vise tout d'abord les enseignant-es, pour lesquelles il devient impossible de critiquer les politiques publiques.

Dans une vidéo présentée en classe, des collégie-ennes avaient juxtaposé la promulgation des lois raciales de 1938 avec le « décret sur la sécurité » de Matteo Salvini. L'enquête au sein du collège avait été confiée à la Digos, une unité de la police habituellement dédiée à la lutte contre le terrorisme et le crime organisé.

En plus d'être professeur de philosophie et écrivain, Christian Raimo a également été conseiller pour la culture dans un municipio de Rome (l'équivalent d'un arrondissement). Et lors des dernières élections européennes, il avait été candidat pour Alleanza Verdi e Sinistra, mais il

Giuseppe Valditara, le ministre de l'Éducation et du Mérite, issu du parti d'extrême droite Lega, a été comparé à l'étoile noire du film Star Wars par Christian Raimon, un enseignant et écrivain qui a été sanctionné pour sa déclaration.



PHOTO : CONSEIL EUROPÉEN/WIKI COMMONS

n'avait pas été élu. Il a publié de nombreux textes sur l'éducation publique, notamment sur son histoire et sa démocratisation.

Même s'il a agi en dehors de ses fonctions et de ses heures de travail, en sa qualité de « professeur et écrivain », on lui reproche un manquement grave aux règles de conduite. Son comportement a été jugé d'autant plus grave qu'il a été le fait d'un enseignant « qui devrait représenter un modèle éducatif et comportemental pour les élèves ».

Dans le contexte actuel d'érosion progressive des espaces de dissidence, il convient de prêter une attention particulière à la dérive autoritaire que permettent ces nouvelles règles incluses dans des codes de conduite. Elles plaisent tant à ce gouvernement, friand de discipline et la hiérarchie, mais elles menacent la liberté d'expression garantie par l'article 21 de la Constitution italienne. La crainte est de voir étendu l'usage de ces codes de conduite à l'ensemble du personnel public, voire des élu-es, afin de les contrôler et, le cas échéant, de les soumettre à d'éventuelles sanctions.

Le cas de Christian Raimo est le plus frappant et le plus récent du combat culturel mené contre le corps éducatif, mais il n'est pas le seul. Ces dernières années, d'autres enseignants ont été réduits au silence sous le mandat de l'extrême droite. C'est le cas de Rosa Maria Dell'Aria, professeure suspendue pendant quinze jours, en mai 2019, par le bureau provincial de l'éducation, car elle avait insuffisamment « supervisé » le travail de certain-es de ses élèves de 14 ans. Dans une vidéo présentée en classe, ces dernières avaient juxtaposé la promulgation des lois raciales de 1938 contre les juifs avec le « décret sur la sécurité » (qui concernait l'immigration) de l'ancien ministre de l'Intérieur Matteo Salvini, du parti de la Lega. L'enquête au sein du collège avait été confiée à la Digos, la Division des enquêtes générales et des opérations spéciales, une unité de la police habituellement dédiée à la lutte contre le terrorisme et le crime organisé.

Ces attaques visant à museler les voix critiques et libres viennent peser davantage encore sur un système éducatif déjà passablement mis à mal par un crucial manque de moyens et la précarité du personnel. L'Italie est l'un des derniers pays de la zone OCDE en termes de salaires des enseignant-es, dont la majorité occupe des postes précaires, après un parcours particulièrement long et tortueux.

Les critiques déplorent le blocage actuel d'un système historiquement démocratique, en raison de son sous-financement, l'Italie consacrant nettement moins à son éducation que la moyenne des pays de l'OCDE.

Pour devenir enseignant dans les collèges et les lycées italiens, il faut présenter un cursus universitaire de six ans, composé d'un master et d'une année supplémentaire de préparation à des examens complémentaires. La durée des études est réduite à cinq pour les enseignant-es des écoles maternelles et primaires. Une fois les diplômes universitaires en poche, les aspirant-es à l'enseignement passent un concours écrit et oral très sélectif, qui n'est pas organisé chaque année comme dans d'autres pays européens. Un peu plus de 19.000 places avaient été ainsi ouvertes au dernier concours pour la maternelle, le primaire, le

collège et le lycée. En cas de réussite, l'enseignant-e doit encore accomplir une période de probation d'une année. Pour se présenter au concours, il est en outre souhaitable d'avoir obtenu la note maximale au master, synonyme de plus grande chance de réussite. Contribuent également à la note d'entrée, des certifications en langues étrangères et en informatique, souvent liées à des cours dispensés par des organismes privés. Le coût du « master » peut ainsi atteindre plusieurs milliers d'euros.

Ceux et celles qui ne réussissent pas le concours général, c'est-à-dire la majorité des candidat-es, peuvent se rabattre sur un poste de suppléant, pour quelques semaines ou quelques mois, en espérant que leur contrat soit prolongé pour toute l'année scolaire. Pour obtenir un poste de remplaçant-e, il faut s'inscrire sur des listes provinciales surchargées et c'est ensuite le collège ou le lycée qui contacte directement les candidat-es. En raison d'explicables problèmes bureaucratiques, les débutant-es doivent souvent patienter des mois avant de percevoir leur premier salaire. Autre problème, la plupart des établissements scolaires étant situés dans le nord du pays, c'est aussi là qu'il y a le plus grand nombre de postes temporairement vacants. Un véritable casse-tête pour les remplaçant-es originaires du sud qui doivent s'organiser en moins de deux jours pour rejoindre leur établissement, à l'issue de voyages en bus ou en train qui dépassent souvent 10 heures de trajet. En cas de refus de poste, les candidat-es sont recalé-es pour l'année scolaire en cours et doivent attendre

un an de plus pour postuler à nouveau.

Cet énorme problème de recrutement du personnel éducatif est l'un des maux structurels du système éducatif italien, auquel l'on peut aussi ajouter la vétusté et l'inadéquation des bâtiments scolaires, le manque de gymnases dans le sud de la péninsule ou encore un excès bureaucratique chronique. Les défenseur-euses de l'éducation publique soulignent les mérites historiquement démocratiques d'un système pensé pour assurer l'ascension sociale. Tous les enseignements universitaires sont ainsi accessibles indépendamment de la note obtenue au bac ou du type de lycée fréquenté précédemment. La même règle vaut pour les cursus à numerus clausus, comme la médecine ou l'architecture, où tout le monde peut tenter sa chance. Mais les critiques déplorent le blocage actuel du système, en raison de son sous-financement, l'Italie consacrant nettement moins à son éducation que la moyenne des pays de l'OCDE.

Les grandes difficultés auxquelles est confrontée l'éducation publique italienne depuis des décennies sont totalement absentes du débat politique. Pour faire diversion, l'actuel gouvernement nourrit l'idée que le vrai problème réside dans les déclarations de profs comme Christian Raimo.